

Organisationsprofile, Gesundheit und Engagement im Einsatzwesen

Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement Begriffe, Überblick, Stand der Diskussion

2. Treffen der Steuerungsgruppe am 08. Mai 2007 in Kassel



Gliederung



1. Begriffsbestimmung
und Einbettung in Projektkontext
2. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland
3. Maßnahmen zur Förderung des
bürgerschaftlichen Engagements im
Bevölkerungsschutz



Begriffsbestimmung

- Begriffsvielfalt
 - Ehrenamt
 - Bürgerschaftliches Engagement
 - Freiwilliges Engagement
 - Freiwilligenarbeit
 - Gemeinschaftsaktivität



Begriffsbestimmung

- Begriffsvielfalt
 - **Ehrenamt**
 - **Bürgerschaftliches Engagement**
 - Freiwilliges Engagement
 - Freiwilligenarbeit
 - Gemeinschaftsaktivität



Hintergrund I

- These
Freiwilliges Engagement
im Bevölkerungsschutz in Deutschland
von Anfang an im Spannungsverhältnis
von bürgerlichem Eigensinn, Selbsthilfe,
subsidiärer Organisation und gesamtstaatlicher Einbindung
- 1841 Erste Freiwillige Feuerwehr
- Preußische Verwaltungsreform:
Einbindung freiwilligen Engagements in Wahrnehmung
hoheitlicher Aufgaben (z.B. Pflichtfeuerwehren)
- Gegenwärtig:
Nachwuchssorgen und nachlassende Haltekraft
Diskussion: Förderung des „Ehrenamtes“



Hintergrund II

Gründe?

- Modernisierung - Individualisierung
 - Verfall traditioneller Rollen und Gemeinschaften
 - „Gesellschaft der Ichlinge“
 - „Spaßgesellschaft“
- Neue Soziale Bewegungen (USA/Westeuropa)
 - Infragestellung von Staat und Institutionen
 - Teilbewegungen – kulturelle Vielfalt – keine Konvergenz
- Nebenwirkungsdiskussion ab Mitte 1980-er Jahre:
Rückzug des Sozialstaates
 - **Chance:** Empowerment und Demokratisierung
 - **Gefahr:** Jobkiller, soziales Kapital als Lückenbüßer



Hintergrund III

Stiftung von Kollektividentitäten: aber wie?

- **Kommunitaristischer Diskurs**
 - Gemeinschaften durch Engagement stärken:
Verpflichtung auf erhaltenswerte Werte
- **Liberal-individualistischer Diskurs:**
 - Ausgewogenheit:
Engagement für alle (Kosten) und Nutzen des Einzelnen
- **Zivilgesellschaftlicher Diskurs**
 - Engagement stiftet erst die Gemeinschaftserfahrungen
und -werte, auf die sich alle verpflichten können



„Klassisches“ Ehrenamt (EA)

- **Ursprung:**
 - Preußische Verwaltungsreform 19. Jh. → Staatliche Verpflichtung
 - Würdigung durch gesellschaftliche Anerkennung (Ehre)
 - Ziel: Verpflichtung auf oder Stärkung von
Gemeinschaften und traditionellen Werten
- **Wesentliche Merkmale:**
 - kein Akt der Selbstorganisation
 - Berufung oder Wahl
 - öffentliches und unbezahltes Amt
 - Staatsnähe bzw. Staatskonformität
 - institutionalisiert, formalisiert, langfristig
- **Beispiele:**
 - Schöffen, Schiedsmänner, ehrenamtliche Richter, Bürgermeister,
Wahlhelfer, ehrenamtliche Vereinsvorsitzende oder Vorstände



Bürgerschaftliches Engagement (BE)

- **Ursprung:**
 - 68er-Studentenrevolte und Neue Soziale Bewegungen
- **Wesentliche Merkmale:**
 - Engagement sich einmischender Bürger „von unten“
 - kritische Distanz zu Staat und Institutionen
 - selbstorganisierte Zusammenschlüsse mit geringem Organisationsgrad
 - Betonung grundlegender Prinzipien und Bürgerrechte
 - Ziele: Aufhebung von Marginalisierung, Empowerment,
 - (Rück-)Eroberung von bürgerlichen Rechten, Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen
- **Beispiele:**
BI's, Frauen-, Ökologie-, Friedens-, Schwulen-,Selbsthilfebewegungen,
- **Zivilgesellschaftlicher Diskurs**



„Freiwilligenengagement“ im Bevölkerungsschutz

- im Prinzip:
Klassisches Ehrenamt
- Aber:
Eingeschränkte Perspektive
 - Einsatzkraft: nur unkritisch, konservativ, verpflichtet
 - Kein Konflikt zwischen EA und BE
- Ansatz:
 - Ehrenamtliches Engagement als Beitrag zu einem grundsätzlich auch bürgerschaftlichen Engagement untersuchen
 - Untersuchung von Engagement-mindernden Einflüssen jenseits von „Ehre“, „öffentlicher Anerkennung“, „Aufwandsentschädigung“



Freiwillige Einsatzkräfte im Bevölkerungsschutz

Die ehrenamtliche Einsatzkraft als engagierter Bürger

- doppeltes Engagement und **Intrarollenkonflikt**
EK kann innerhalb Organisation BE zeigen
 - Zivilcourage, Empörung, Kritischer Umbau der Organisation jenseits von Gewerkschaft und Betriebsrat...
 - Zusatzinitiativen für Bürger, Opfer, Kameraden aus Betroffenheit... (z.B. KIT/EN, Vernetzung, Aufklärung...)
- doppeltes Engagement und **Interrollenkonflikt**
EK kann neben EA auch in anderen Bereichen BE zeigen (z.B. Familie, Sport, Bürgerinitiative, ..)
 - Ressourcenkonflikte
 - Motivkonflikte



Konsequenz

- Fragebogen
in zentralen Fragen zum Ehrenamt
an Freiwilligensurvey angeglichen
 - Engagementbereiche
 - Engagementformen
 - Erwartungen und Motive
 - Vereinbarkeit von EA, Beruf und Familie
 - Konflikte zwischen EA in unterschiedlichen Bereichen



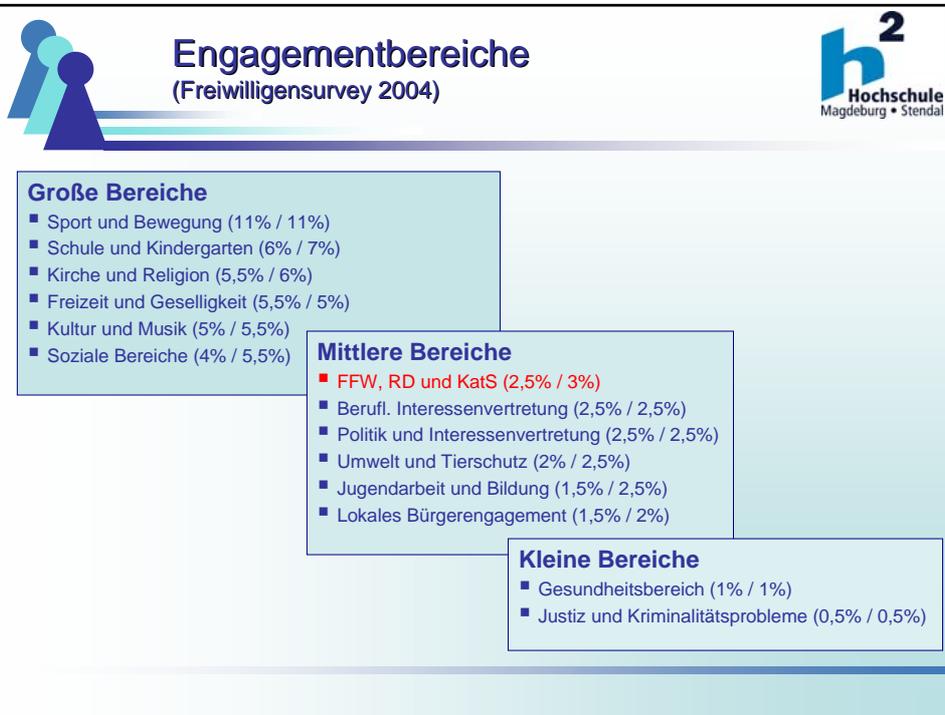
Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Zahlen und Daten



Engagementquote und Engagementpotenzial (Freiwilligensurvey 2004)

- ca. 23 Mill. Bürgerinnen und Bürger in Deutschland engagieren sich freiwillig (36% der Bevölkerung)
- Dauer des freiwilligen Engagements durchschnittlich bereits seit 9 Jahren
- Erhöhung des Anteils der freiwillig Engagierten, die **mehr als eine Aufgabe** wahrnehmen, von 37% auf 42%
- Anstieg der Bereitschaft von **bereits Engagierten**, ihr Engagement auszuweiten von 35% auf 40%
- Anstieg der Bereitschaft von **Nicht-Engagierten**, sich freiwillig zu engagieren von 26% auf 32%





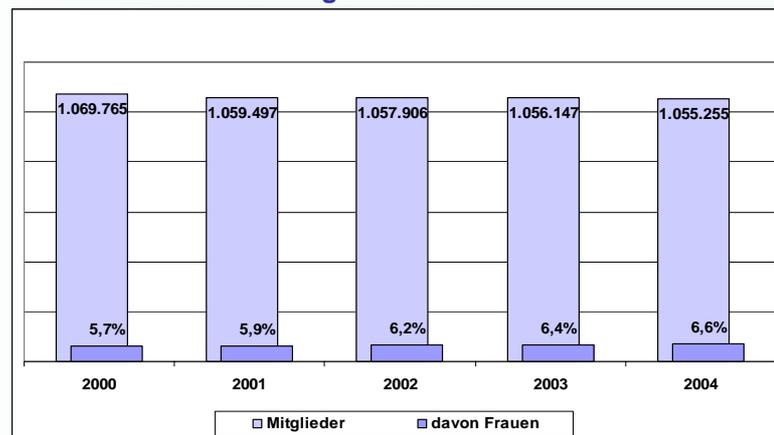
Trends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Männer und Frauen

- Männer weiterhin stärker engagiert als Frauen (39% vs. 32%)
- Engagement bei Frauen stärker gestiegen als bei Männern (erwerbstätige Frauen von 32% auf 37%)
- Typischer Unterschied bleibt bestehen:
 - Männer → häufiger in Leitungs- und Vorstandsfunktionen bzw. Wahlämtern
 - Frauen → häufiger im helfenden und betreuenden Dienst



Trends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Männer und Frauen

Frauenanteil in der Freiwilligen Feuerwehr

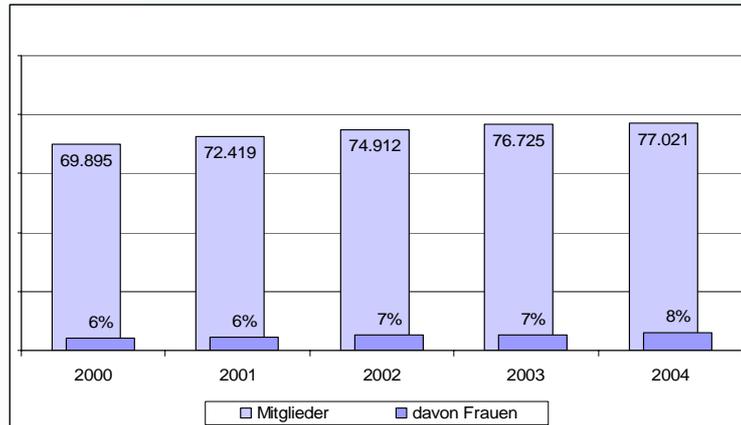


(DFV 2006, Wetterer, Poppenhusen & Voss, 2006)



Trends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Männer und Frauen

Frauenanteil beim THW



(THW 2005 und 2006)

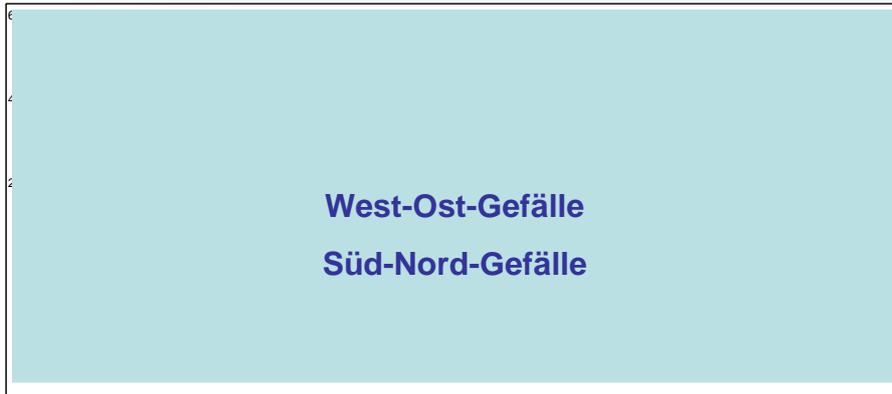


Trends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Arbeitslose

- Steigerung der **Engagementquote** von 23% (1999) auf 27% (2004)
- überproportional in den neuen Bundesländern
- Deutliche Steigerung des **Engagementpotenzials** von 37% (1999) auf 48% (2004)
- **beruflicher Nutzen** des Engagements und Erweiterung von Kenntnissen und Erfahrungen erheblich wichtiger



Trends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Alte und neue Bundesländer



Für Saarland und Bremen liegen keine statistisch gesicherten Daten vor (Freiwilligensurvey 2004)

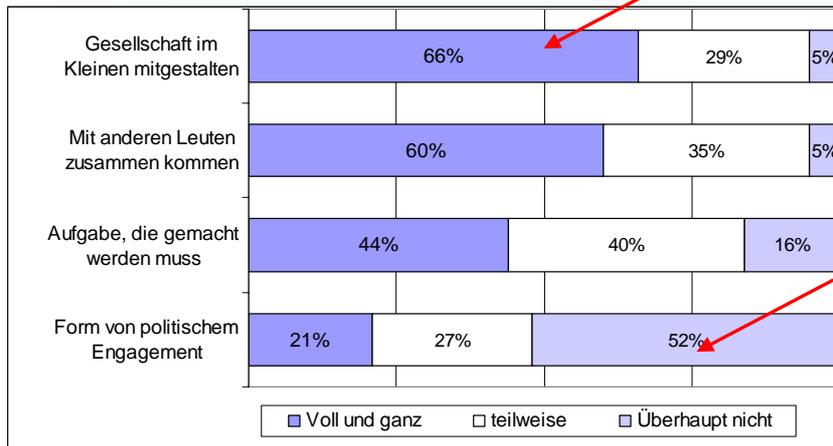


Trends in verschiedenen Bevölkerungsgruppen Alte und neue Bundesländer

- **Zunahme**
 - besonders in **neuen** BL
von 28% auf 31% (alte BL von 36% auf 37%)
 - bei Frauen
 - bei Menschen im Alter von 31-65 Jahren
 - **Neue Bundesländer:**
 - stärkere Verknüpfung mit Arbeitsmarkt und berufl. Interessen
 - kommen häufiger aus eigener Initiative zum Engagement
 - **Alte Bundesländer:**
 - etablierte Struktur und Kultur der Freiwilligkeit
 - Anwerbung durch Dritte
- ➔ deutliche Angleichung zwischen Ost und West



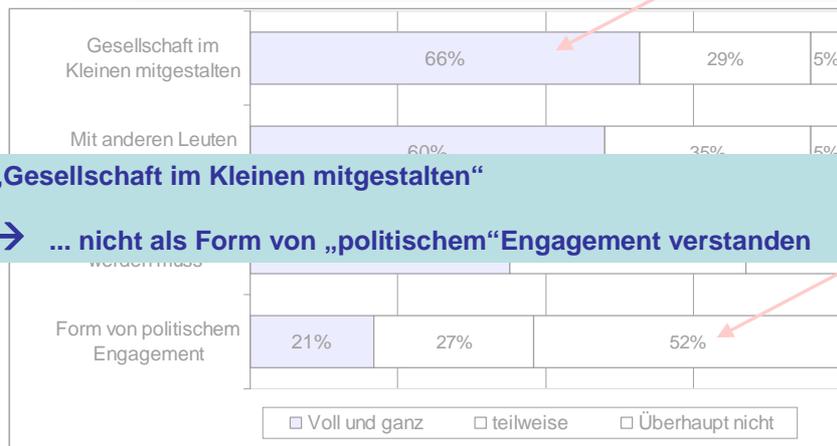
Motive für das Engagement



(Freiwilligensurvey 2004)



Motive für das Engagement



(Freiwilligensurvey 2004)



Erwartungen an das Engagement

Gemeinwohlorientierung

- Etwas für Gemeinwohl tun
- Anderen Menschen helfen

Geselligkeitsorientierung

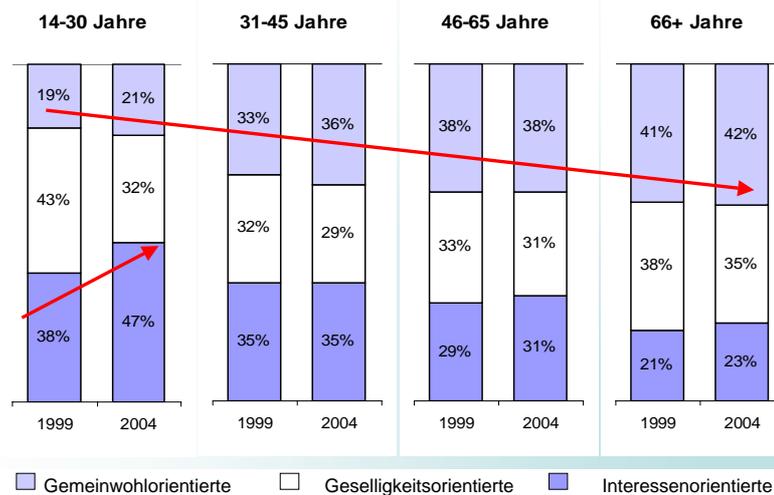
- Dass Tätigkeit Spaß macht
- Mit sympathischen Menschen zusammenkommen

Interessenorientierung

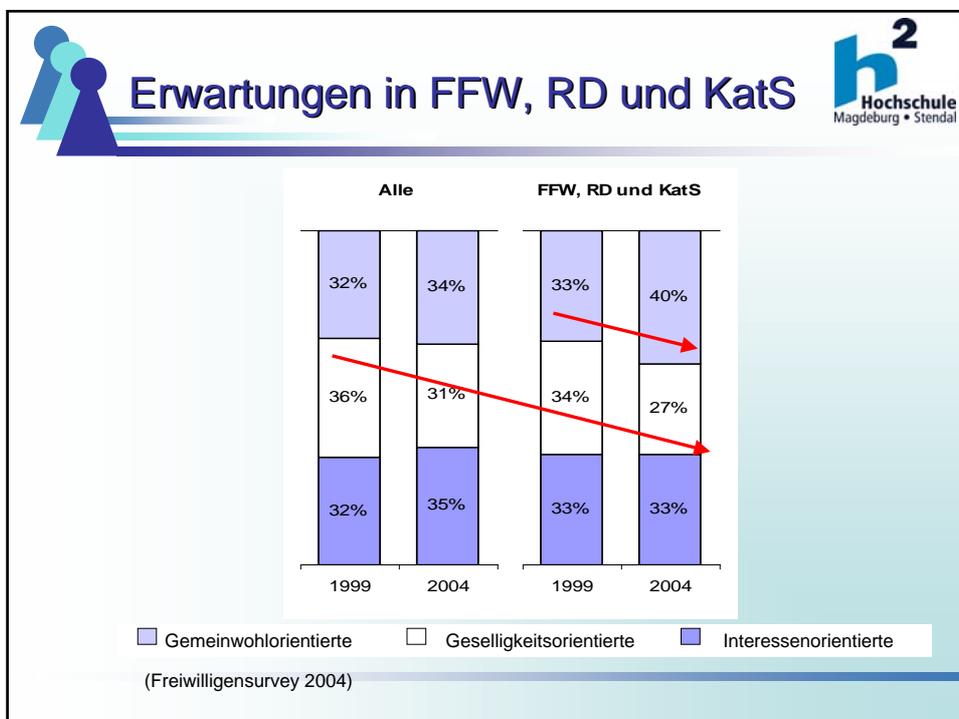
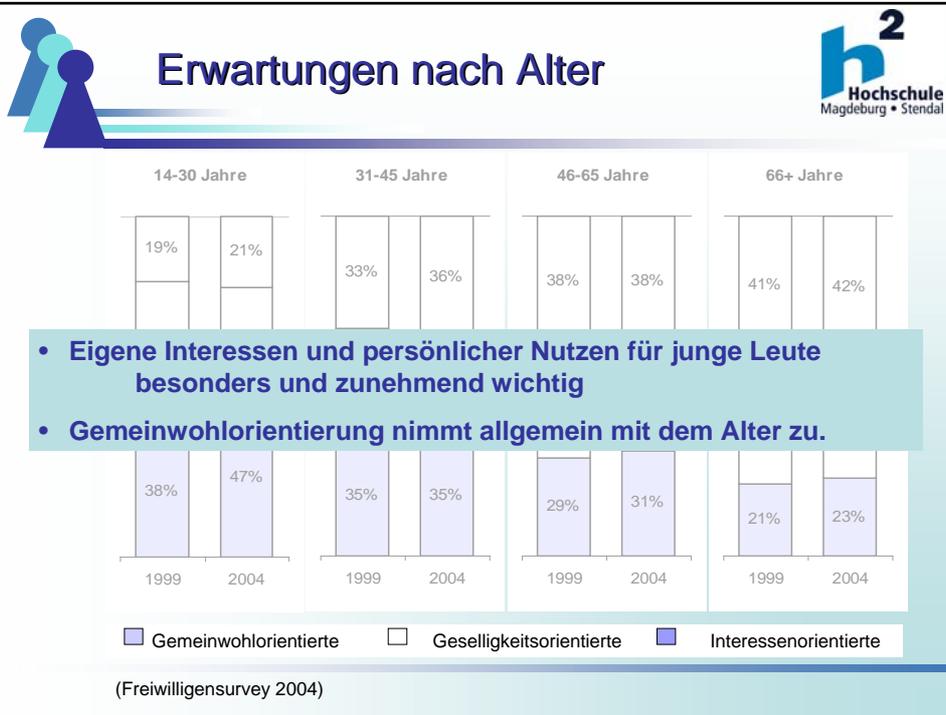
- Eigene Interessen vertreten
- Eigene Probleme lösen
- Nutzen für den Beruf

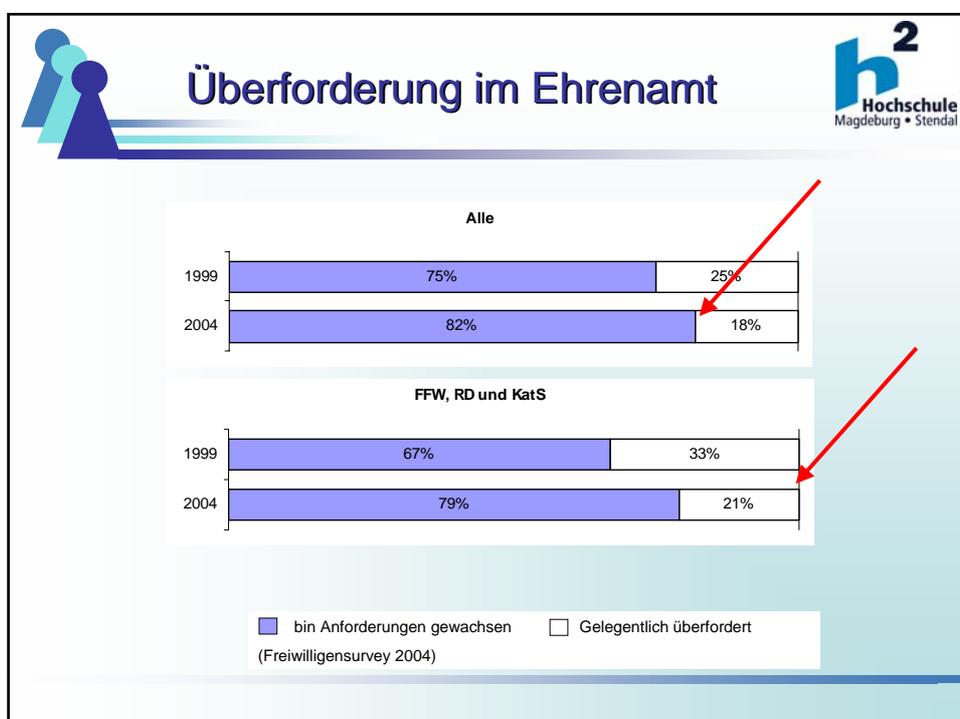
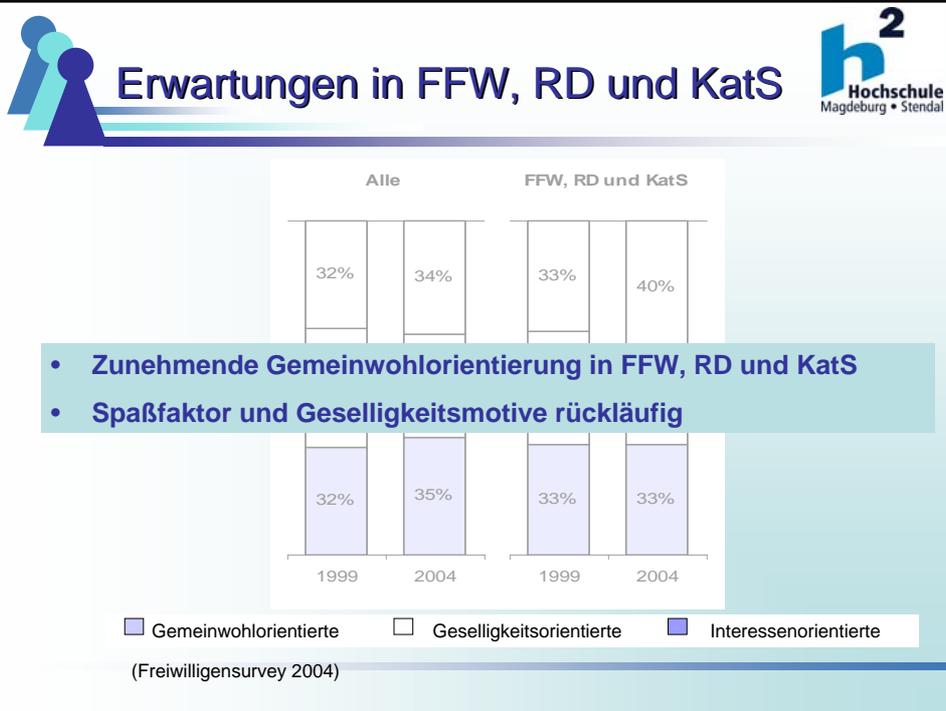


Erwartungen nach Alter



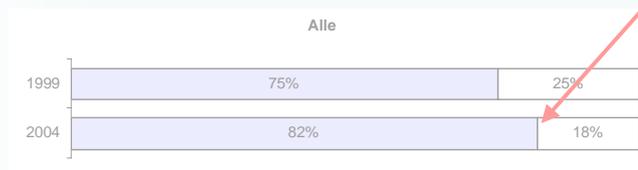
(Freiwilligensurvey 2004)



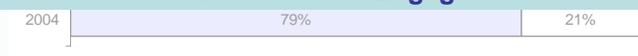




Überforderung im Ehrenamt



- Anteil der als überfordernd erlebten Tätigkeiten rückläufig
- aber: Bereich FFW, RD und KatS noch vierthöchster Anteil an allen Engagementbereichen



Bin Anforderungen gewachsen Gelegentlich überfordert
(Freiwilligensurvey 2004)



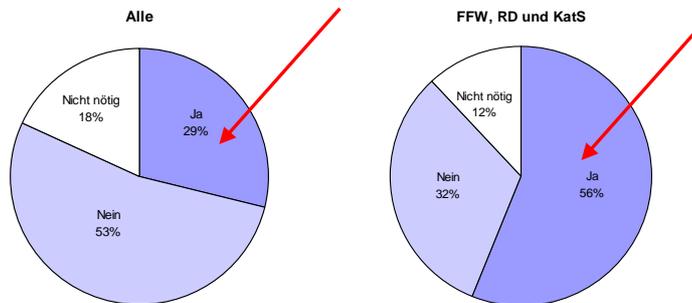
Verbesserungsbedarf

Unterstützung durch:

- Arbeitgeber
- Organisationen und Einrichtungen
- Staat und Öffentlichkeit



Unterstützung durch Arbeitgeber



(Freiwilligensurvey 2004)

- Nur jeder dritte freiwillige Engagierte wird durch Arbeitgeber ausreichend unterstützt (flexible Arbeitszeitgestaltung, Nutzung betrieblicher Infrastruktur)
- in FFW, RD und KatS doppelt so hoch (KatS-Gesetze, THW-Helfergesetz), aber auch als notwendiger bewertet.



Forderung an Organisationen

Frage:

Da drückt der Schuh, da wären Verbesserungen notwendig:

- bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für bestimmte Projekte
- bei der Bereitstellung von geeigneten Räumen und Ausstattungsmitteln für die Projekt- und Gruppenarbeit
- bei den Weiterbildungsmöglichkeiten
- bei der fachlichen Unterstützung der Tätigkeit
- bei einer unbürokratischen Kostenerstattung
- bei der Anerkennung der Tätigkeit durch hauptamtliche Kräfte in der Organisation
- bei der finanziellen Vergütung für die geleistete Arbeit



Forderung an Organisationen

Bereich	Jahr	Finanzmittel für Projekte	Räume Ausstattung	Weiterbild.	Fachl. Unterstütz.	Kostenerstatt.	Anerkenn. durch HA	Vergütung	Nichts davon
Alle	1999	63%	46%	39%	37%	34%	32%	26%	15%
	2004	63%	43%	35%	34%	33%	28%	22%	15%
FFW, RD und KatS	1999	74%	54%	36%	42%	43%	38%	32%	8%
	2004	77%	52%	38%	33%	47%	28%	32%	7%



Forderung an Organisationen

Bereich	Jahr	Finanzmittel für Projekte	Räume Ausstattung	Weiterbild.	Fachl. Unterstütz.	Kostenerstatt.	Anerkenn. durch HA	Vergütung	Nichts davon
Alle	1999	63%	46%	39%	37%	34%	32%	26%	15%
	2004	63%	43%	35%	34%	33%	28%	22%	15%
FFW, RD und KatS	1999	74%	54%	36%	42%	43%	38%	32%	8%
	2004	77%	52%	38%	33%	47%	28%	32%	7%

FFW, RD und KatS

- Finanzielle und räuml. Ausstattung weit schlechter eingeschätzt als im Durchschnitt



Forderung an Organisationen

Bereich	Jahr	Finanzmittel für Projekte	Räume Ausstattung	Weiterbild.	Fachl. Unterstütz.	Kostenerstatt.	Anerkenn. durch HA	Vergütung	Nichts davon
Alle	1999	63%	46%	39%	37%	34%	32%	26%	15%
	2004	63%	43%	35%	34%	33%	28%	22%	15%
FFW, RD und KatS	1999	74%	54%	36%	42%	43%	38%	32%	8%
	2004	77%	52%	38%	33%	47%	28%	32%	7%

FFW, RD und KatS

- Finanzielle und räuml. Ausstattung weit schlechter eingeschätzt als im Durchschnitt
- Deutliche Verbesserung bei fachlicher Unterstützung



Forderung an Organisationen

Bereich	Jahr	Finanzmittel für Projekte	Räume Ausstattung	Weiterbild.	Fachl. Unterstütz.	Kostenerstatt.	Anerkenn. durch HA	Vergütung	Nichts davon
Alle	1999	63%	46%	39%	37%	34%	32%	26%	15%
	2004	63%	43%	35%	34%	33%	28%	22%	15%
FFW, RD und KatS	1999	74%	54%	36%	42%	43%	38%	32%	8%
	2004	77%	52%	38%	33%	47%	28%	32%	7%

FFW, RD und KatS

- Finanzielle und räuml. Ausstattung weit schlechter eingeschätzt als im Durchschnitt
- Deutliche weniger Forderungen nach fachlicher Unterstützung
- Forderungen nach mehr Anerkennung durch Hauptamtliche auf durchschnittliches Niveau abgesunken



Forderungen an Staat und Öffentlichkeit

Frage:

Da drückt der Schuh, da wären Verbesserungen notwendig:

- Bessere Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements
- Bessere steuerliche Absetzbarkeit der Unkosten
- Bessere steuerliche Absetzbarkeit der Aufwandsentschädigung
- Bessere Anerkennung durch Berichte in Presse und Medien
- Bessere Anerkennung der freiwilligen Tätigkeit als berufliches Praktikum/Weiterbildung
- Bessere Absicherung Freiwilliger durch Haftpflicht- und Unfallversicherung
- Bessere öffentliche Anerkennung, z. B. durch Ehrungen



Forderungen an Staat und Öffentlichkeit

Bereich	Jahr	Information	Unkosten	Aufwand	Medien	Praktikum	Versicherung	öffentl. Anerkenn.	Nichts davon
Alle	1999	57%	56%	52%	47%	47%	44%	23%	13%
	2004	55%	43%	44%	48%	40%	38%	24%	15%
FFW, RD und KatS	1999	58%	59%	66%	47%	51%	36%	26%	9%
	2004	60%	53%	50%	49%	44%	38%	32%	12%



Forderungen an Staat und Öffentlichkeit

Bereich	Jahr	Information	Unkosten	Aufwand	Medien	Praktikum	Versicherung	Offentl. Anerkenn.	Nichts davon
Alle	1999	57%	56%	52%	47%	47%	44%	23%	13%
	2004	55%	43%	44%	48%	40%	38%	24%	15%
FFW, RD und KatS	1999	58%	59%	66%	47%	51%	36%	26%	9%
	2004	60%	53%	50%	49%	44%	38%	32%	12%

FFW, RD und KatS

- Forderung nach mehr öffentlicher Information, Medienpräsenz, Anerkennung geringfügig zunehmend
- gegenüber Durchschnitt nur Wunsch nach mehr öffentlicher Anerkennung deutlich erhöht



Forderungen an Staat und Öffentlichkeit

Bereich	Jahr	Information	Unkosten	Aufwand	Medien	Praktikum	Versicherung	Offentl. Anerkenn.	Nichts davon
Alle	1999	57%	56%	52%	47%	47%	44%	23%	13%
	2004	55%	43%	44%	48%	40%	38%	24%	15%
FFW, RD und KatS	1999	58%	59%	66%	47%	51%	36%	26%	9%
	2004	60%	53%	50%	49%	44%	38%	32%	12%

FFW, RD und KatS

- Deutliche wahrgenommene Verbesserungen im Bereich der steuerlichen Absetzbarkeit von Unkosten und Aufwandsentschädigung (Steuerreform)
- aber immer noch gegenüber anderen Engagementbereichen erhöht



Forderungen an Staat und Öffentlichkeit

Bereich	Jahr	Information	Unkosten	Aufwand	Medien	Praktikum	Versicherung	Offentl. Anerkenn.	Nichts davon
Alle	1999	57%	56%	52%	47%	47%	44%	23%	13%
	2004	55%	43%	44%	48%	40%	38%	24%	15%
FFW, RD und KatS	1999	58%	59%	66%	47%	51%	36%	26%	9%
	2004	60%	53%	50%	49%	44%	38%	32%	12%

FFW, RD und KatS

- Deutliche wahrgenommene Verbesserung bei der Anerkennung des Engagements als berufl. Weiterbildung oder Praktikum
- Forderung aber gegenüber Durchschnitt erhöht



Aktivitäten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements



Politischer Hintergrund I

1996 Große Anfrage der Fraktionen CDU/CSU und FDP

„Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“

1996 Antwort der Bundesregierung

“Die Recherchen im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage ergaben, das systematische, alle Bereiche und das ganze soziale Spektrum der ehrenamtlichen Tätigkeit abdeckende Untersuchungen derzeit nicht vorliegen.“



Auftrag an BMFSFJ:

Entwicklung eines Instrumentes zur Gewinnung verallgemeinerbarer und detaillierter Informationen, um zivilgesellschaftliche Beteiligung sichtbar zu machen



Politischer Hintergrund II

1997 Start des Projektes „Freiwilligensurvey“

1999 Beschluss des Deutschen Bundestages zur Einsetzung der **Enquete-Kommission** „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

1999 Ergebnisbericht: **Erster Freiwilligensurvey**

2001 Vereinte Nationen: **Internationales Jahr der Freiwilligen**

2004 **Zweiter Freiwilligensurvey**
(Dritter FWS für 2009 geplant)



Enquete-Kommission und Unterausschuss BE



- **Mitglieder:**
 - 11 Bundestagsabgeordnete + 11 Sachverständige
 - **Zeitraum:**
 - Februar 2000 bis Mai 2002
 - **Ergebnis:**
 - Statusbericht zur Bedeutung des BE in Deutschland
 - Verabschiedung politischer Handlungsempfehlungen zur Förderung des BE
 - **Weiterführung der Arbeit durch:**
 - Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Bundestags-Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- ➔ **Handlungsempfehlungen gingen in die Arbeit verschiedener Ressorts ein**



Enquete-Kommission



Handlungsempfehlungen I

- **Institutionen und Organisationen**
 - BE-Förderung nicht nur in gemeinnützigen Organisationen sondern auch staatliche Institutionen
- **Verwaltungen bürgerorientiert gestalten und entbürokratisieren**
 - Mehr Transparenz (z. B. Servicestellen für Bürgerinnen und Bürger)
 - Abbau bürokratischer Hemmnisse für BE im Zuwendungsrecht
- **Beteiligungsmöglichkeiten schaffen**
 - Stärkung von Beteiligungsrechten, Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten (Runde Tische, Bürgerforen, Volksentscheide)
- **Anerkennen, wertschätzen, qualifizieren**
 - Weiterentwicklung der Anerkennungskultur auf allen Ebenen (Staat, öffentl. Verwaltung, Vereine, Verbände, zivilgesellschaftl Organisationen)
 - Berücksichtigung sowohl traditioneller als auch neuerer Engagementformen
 - Ausbau und Weiterentwicklung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen



Enquete-Kommission

Handlungsempfehlungen II

- **Netzwerke schaffen und Infrastrukturen aufbauen**
 - Bündelung von Ressourcen und Akteuren auf verschiedenen Ebenen
 - Schaffung engagementfördernder Infrastrukturen für Beratung und Lobbyarbeit (Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen)
- **Unternehmen als Akteure in der Bürgergesellschaft „Corporate Citizenship“**
 - zunehmende Unternehmensorientierung auf Gemeinwohl und Übernahme sozialer Verantwortung im Gemeinwesen
 - BE-Förderung bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 - Partnerschaftsprojekte zw. Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen
- **Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht reformieren**
 - u.a. Überarbeitung des Kataloge gemeinnütziger Zwecke
 - Erleichterung des Zugangs zum Gemeinnützigkeitsstatus für Freiwilligenagenturen und Selbsthilfegruppen
 - Umgestaltung der derzeit geltenden Gefährdungshaftung



Enquete-Kommission

Handlungsempfehlungen III

- **Schutz- und Nachteilsausgleich verbessern**
 - Gewährleistung eines angemessenen Haftpflicht- und Versicherungsschutzes
 - steuerfreie Aufwandspauschale (300€/Jahr) für Engagierte im Dienste gemeinnütziger Körperschaften oder inländ. Jurist. Personen
- **Wissen über bürgerschaftliches Engagement erweitern**
 - Ausbau von Forschungsaktivitäten (Weiterführung Freiwilligensurvey, Untersuchung organisator. Rahmenbed., Engagement ausgewählter Akteursgruppen)
- **Bürgerschaftliches Engagement verstetigen**
 - Einrichtung einer Kommission im Bundestag
 - BE-Förderung als Querschnittsaufgabe in der Politik
 - Bundesweite Vernetzung des BE



Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“



- Weiterführung der Arbeit der Enquete-Kommission
→ Einsetzung eines Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ im Bundestags-Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Aufgabenstellung:**
 - Fachkundige Begleitung der Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission
 - Verfolgung der Entwicklungen zum bürgerschaftlichen Engagement
 - Prüfung laufender Gesetzesvorhaben und Initiativen
 - Pflege des Dialoges mit Bürgergesellschaft
 - Vorbereitung politischer Initiativen
- **Zusammensetzung**
 - 13 Mitglieder und 13 stellvertretende Mitglieder der verschiedenen Fraktionen
- **Arbeitsweise**
 - monatliche Sitzungen zu aktuellen Themen
 - Bericht am Ende der Legislaturperiode



Förderung des BE Initiativen und Maßnahmen des BMFSFJ



- **Initiierung von Projekten und Aktionsprogrammen im sozialen und familienorientierten Bereich**
 - Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser
 - Kompetenzerwerb benachteiligter Jugendlicher im Rahmen von FSJ/FÖJ
- **Förderung von Strukturen und Vernetzung**
 - Juni 2002: **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**
 - Unterstützung der BAG der Freiwilligenagenturen (bagfa)
- **Möglichkeiten der nachhaltigen Finanzierung von BE**
 - Unterstützung der Initiative **Bürgerstiftungen**
- **Forschungsaktivitäten**
 - Förderung des Forschungsprojektes des DFV „Mädchen und Frauen in den **Freiwilligen Feuerwehren**“

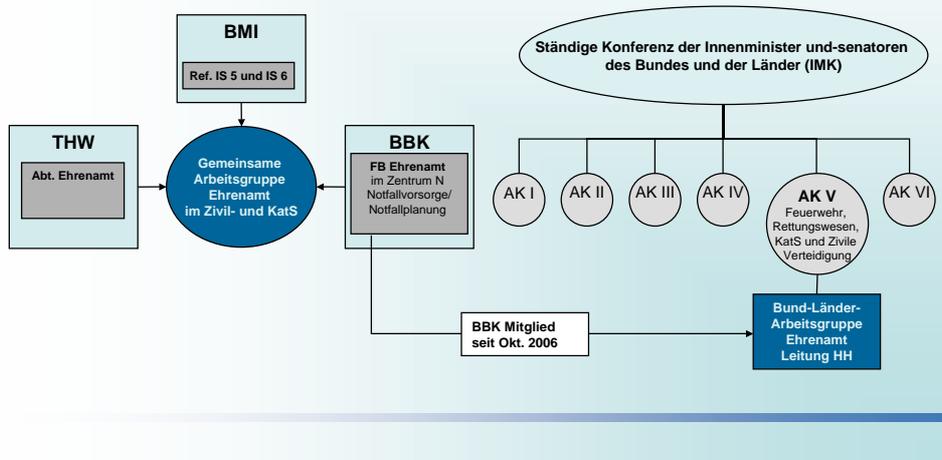


Förderung des BE Initiativen und Maßnahmen des BMF

- **Abbau bürokratischer Hemmnisse / Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts**
 - Initiative „Hilfen für Helfer“
10 Maßnahmen zur weiteren Steigerung des bürgerschaftlichen Engagements
 - Dezember 2006:
Vorlage eines Referentenentwurfs für ein **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** (Verabschiedung durch Bundesrat für Juli 2007 vorgesehen)



Förderung des BE im Bevölkerungsschutz





AG Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz



- **Start 2004**
durch BMI ins Leben gerufen
- **Mitglieder**
 - BMI, BBK (FB Ehrenamt) und THW (Abt. Ehrenamt)
- **Aufgabe**
 - Abstimmung und Steuerung von Bundes- und Länderaktivitäten
- **Durchführung von drei Workshops**
 - + Vertreter von Länderministerien, HiOs, DFV, Deutscher Städtetag etc.



AG Ehrenamt im Zivil- und KatS 1. Workshop (September 2004)



10 Empfehlungen zur Förderung des Ehrenamtes im Zivil- und KatS

nach Lageberichten aus Ländern und BOS
zur kritischen Entwicklung der Helferzahlen

Schwerpunkte

- **Status der Helferinnen und Helfer**
- **Förderung der Akzeptanz der Arbeitgeber**
- **Schaffung eines gemeinsamen Images**
- **Harmonisierung der Ausbildung**



AG Ehrenamt im Zivil- und Kats

2. (Okt. 2005) und 3. Workshop (April 2006)



Weiterbearbeitung und Konkretisierung einzelner Empfehlungen

- **Helferstatus / Helferrecht**
 - Synopse helferrechtlicher Regelungen
 - Entwurf zur Vereinheitlichung und Weiterleitung an Länder
- **Ehrenamt und Arbeitgeber**
 - Diskussion bisheriger Aktivitäten (z. B. Hamburg und THW)
 - Konzept zur Förderung des Dialoges mit Arbeitgebern
 - Weiterleitung an AK V und Bund-Länder AG
- **Helfercard**
 - Diskussion verschiedener Kartensysteme und Ausstattungsmöglichkeiten
 - Projektskizze und Beschluss zur Einführung der Helfercard
 - Weiterbehandlung in Bund-Länder-AG
- **Ausbildung als Beitrag zur Helfermotivation und Anerkennung**
 - Eckpunkte auf Grundlage des THW-Konzeptes
 - Auftrag: Erarbeitung Rahmenempfehlung + Weiterbehandlung in Bund-Länder-AG



AG Ehrenamt im Zivil- und Kats

2. (Okt. 2005) und 3. Workshop (Apr. 2006)



- **Zentrale Forderungen aus Freiwilligensurvey aufgegriffen:**
Arbeitgeber, öffentliche Anerkennung
- **Anknüpfung an**
Interessenorientierung und Gemeinwohlorientierung



Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Ehrenamt



- September 2006: Sitzung des AK V der IMK
Beschluss zur Einrichtung einer
Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Ehrenamt
unter Leitung Innenbehörde Hamburg
 - Pilotprojekt „Aktionsbündnis
„Hamburg braucht Helfer - Du wirst gebraucht“
 - Beruft im Okt. 2006 BBK in Bund-Länder-Arbeitsgruppe
- **Aufgabe:**
 - **Weiterbearbeitung und Umsetzung der Ergebnisse
der Workshops der BMI-AG Ehrenamt im Zivil- und KatS**
 - Entwicklung gemeinsamer Standards zur Erfassung
von Helferdaten in Bund & Ländern
 - Initiierung weiterer Pilotprojekte
 - Prüfung der Wirksamkeit ehrenamtsfördernder Maßnahmen
 - Entwicklung von Empfehlungen für länderübergreifende Strategien



THW



2003 – Einrichtung Abteilung Ehrenamt

- „Initiative Ehrenamt“ als eigener Beitrag zur
„Initiative Bürokratieabbau“ der Bundesregierung
 - THW-Arbeitgebertage, Info-Materialien, berufl. Anerkennung
von THW-Lehrgängen, Forderung zum ehrenamtlichen
Engagement in Stellenausschreibungen etc.)
- **Schwerpunkt: Helfer-Card**
- **Forschungsprojekt EU-Volunteers in Civil Protection**
(europäischer Vergleich, Ableitung von Standards)



2005 – Einrichtung Fachbereich Ehrenamt im Zentrum N

- **Schwerpunkt (1) Ehrenamt und Arbeitgeber**
 - Pilotprojekt in Kooperation mit Hamburger Innenbehörde
 - Erarbeitung einer Rahmenempfehlung für Länder und BOS
- **Schwerpunkt (2) Vereinheitlichung des Helferrechts**



- **Engagementpotenziale bisher nicht ausgeschöpft**
 - junge Leute
 - nördliche und östliche Bundesländer
- **Berücksichtigung verschiedener Motivlagen
in den Altersgruppen**
 - Interessenorientierung und Gemeinwohlorientierung
- **Frauen in Führungs- und Leitungspositionen**
 - gewinnen oder zulassen?



Fazit II

- **Bisherige Fördermaßnahmen beziehen sich v.a. auf externe Konfliktlinien :**
 - Gesellschaftliche Anerkennung für das Ehrenamt und dort erworbene Qualifikationen
 - Finanzielle und rechtliche Regelungen
 - Verbesserung der Unterstützung durch BOS-externe Arbeitgeber

- **Wenig thematisiert Engagementbeeinträchtigende BOS interne Konfliktlinien**
 - Hauptamt vs. Ehrenamt
 - Arbeitsorganisatorische und soziale Rahmenbedingungen (Infrastruktur und Führung)
 - Mögliche Diskrepanz zwischen (propagierten) Werten der „Ehrenamtskultur“ in den BOS und „bürgerschaftlichem Einmischungsspielraum“ im Organisationsklima

Herzlichen Dank
für Ihr Interesse!